

Nicht auf dem Rücken unserer Kinder!

„Dieses Turbo-Abi muss weg!“ – Das ist die Forderung, mit der die Gladbecker Grünen mit dem Mahnmal der „geknechteten Schülerin“ in der Innenstadt über Schulpolitik informiert und gegen die verfehlte Politik der schwarz-gelben Landesregierung demonstriert haben.



Mit der Skulptur der geknechteten Schülerinnen demonstrierten die Grünen gegen die schwarz-gelbe Schulpolitik: v.l.n.r. Sylvia Löhrmann (Vorsitzende der Landtagsfraktion), Elke-Marita Stuckel-Lotz (stellv. Landrätin), Mario Herrmann, Matthias Winkler, Simone und Lennart Steffens, Harald Schwalbe

„Die Landesregierung braucht ein ständiges Mahnmal, um nicht zu ver-



gessen: Dieses Turbo-Abi wollen auch in Gladbeck weder Kinder, noch Eltern oder Lehrerinnen und Lehrer, wie wir aus vielen Gesprächen wissen“, machte der Fraktionsvorsitzende Mario Herrmann bei der Aktion deutlich: „Auch die drei Gymnasien in unserer Stadt sind nicht auf das Turbo-Abi vorbereitet worden. Das rächt sich jetzt bitter. Vor allem die Kinder spüren immer mehr, dass die Lehrpläne nicht umfassend entschlackt wurden, dass es bisher keinen Ganztagsun-

terricht an Gymnasien gibt, dass notwendige Lehrerstellen sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen fehlen.“

Sylvia Löhrmann, die als Vorsitzende der Landtagsfraktion die Gladbecker Grünen bei ihrem Infostand unterstützte, ergänzte: „Kinder müssen sieben oder acht Unterrichtsstunden am Tag die Schulbank drücken – ohne Pausen! Freizeit geht verloren. Kinder brauchen aber Zeit für Freunde, Sport oder andere Hobbys. Und

sie bräuchten schon längst mittags eine warme Mahlzeit und keinen Stress, der krank macht. So funktioniert Schulzeitverkürzung eben nicht.“

Die Grünen wollen eine Schulzeitverkürzung mit sorgfältig strukturierten Unterrichtsinhalten. Deshalb fordern wir u. a. die Reduzierung der Unterrichtsinhalte, den Ausbau der Sekundarstufe I zur echten Ganztagschule in allen Schulformen, die Verankerung eines Rechts auf eine warme Mahlzeit, Kooperationen mit außerschulischen Partnern für die Sekundarstufe I, die Einbindung multiprofessionellen Personals und die Wahrung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen.

Auch zur Zukunft der Hauptschule bezogen die Grünen an ihrem Stand Stellung, nachdem der Gladbecker Schulausschuss in seiner Sondersitzung nicht den Mut bewiesen hat, die notwendige Modernisierung der Schullandschaft anzustoßen. Mario Herrmann: „Auf unseren Vorschlag, die Willy-Brandt-Hauptschule in eine Gesamtschule z.B. als Dependance der Ingeborg-Drewitz-Gesamtschule umzuwandeln, gingen weder die Verwaltung, noch die anderen Fraktionen ein.“

Hasenfüßige Schulpolitik für Gladbeck

"Der Schulausschuss hat sich der Diskussion um die Zukunft der Hauptschulen nicht gestellt und die anstehenden Fragen schlichtweg vertagt", sparten die Grünen nicht an Kritik über das Ergebnis der eigens einberufenen Sondersitzung. Kein gutes Haar ließen die Grünen dabei insbesondere an den Sozialdemokraten, die nicht den Mut aufgebracht hätten, auch Strukturveränderungen in der Gladbecker Schullandschaft anzudenken.

Was war passiert?

Die Zahl der Anmeldungen an den Gladbecker Hauptschulen war für das kommende Schuljahr dramatisch eingebrochen. Mit Ausnahme der Erich-Fried-Schule kommen an keiner der anderen drei Hauptschulen die erforderlichen Schülerzahlen zur Bildung der Mindestgröße von zwei Eingangsklassen zusammen.

Die grüne Ratsfraktion hatte sich intensiv mit dieser Entwicklung beschäftigt und weitreichende Konsequenzen vorgeschlagen: Sie wollen, dass die Zweckeler

Willy-Brandt-Hauptschule als Dependence der Rentforter Ingeborg-Drewitz-Gesamtschule ebenfalls in eine Gesamtschule umgewandelt wird.

In der Schulausschusssitzung vertagte man zunächst die Beratung auf eine Sondersitzung zur Zukunft der Gladbecker Hauptschulen. Aber auch in der Sondersitzung brachten die großen Parteien noch nicht einmal den Mut auf, Strukturreformen für die Schullandschaft zumindest einzuleiten.

Über den Vorschlag der Grünen wurde nicht weiter diskutiert.

Selbstverständlich verfüge er über eine Regierungsmehrheit, stellte Bürgermeister Uli Roland (SPD) vor kurzem noch klar. Wenn aber wichtige Weichenstellungen anstehen, kneifen die Gladbecker Genossen, während man auf Landes- und Bundesebene mutige Schulreformen ankündigt!



Hannelore Kraft (SPD Landesvorsitzende):

„Durch die Gemeinschaftsschule wird gerade erreicht, dass viele Schulgebäude

auch zukünftig weiter genutzt werden können. Sie bringt darum Ersparnisse für die Kommunen als Schulträger.“ „Die Gemeinschaftsschule ist die Schule für die beste Bildung für alle.“

(Bildungsparteitag der NRW-SPD am 25.08.2007)



Ute Schäfer, SPD-Schulexpertin:

„Unser Angebot an die Menschen für die zukünftige Schullandschaft ist die Gemeinschaftsschule.“ (ebenda)



Karl Lauterbach, Experte für die SPD-Programmkommission:

"Wir brauchen eine Schule für alle mit hoher Qualität."

Chinesisches Demokratieverständnis

Stellungnahme zum Auswahlverfahren des Familiendezernenten

In der Ratssitzung vom 19. Juni referierte der sozialdemokratische Bürgermeister Uli Roland über seine Auffassung von einem transparenten und demokratischen Auswahlverfahren zur Besetzung der Stelle im Verwaltungsvorstand. Die Ausführungen des Verwaltungschefs verfolgten wir grünen Ratsherren mit ungläubigen Staunen, bekannte sich der Bürgermeister doch offen und ohne Selbstzweifel zu seinen Kungelrunden, die er seit August letzten Jahres regelmäßig mit einem ausgewählten Kreis aus CDU und SPD führte. Sicherheits halber verlegte man die Geheimtreffen auf fremdes Stadtgebiet nach Bottrop, wo man die 14 eingegangenen Bewerbungen für den oder die Familiendezernenten

tin genauer unter die Lupe nahm. Auch darüber, dass man uns Grünen als immerhin drittstärkster Fraktion im Rat erst ein halbes Jahr später lediglich fünf der 14 Bewerber nennt, wurde sich der Bottroper Zirkel scheinbar schnell einig. Traurig ist, dass der Bürgermeister sich eher ertappt fühlte und sich über die ganze Aufregung ärgerte, als dass er auch nur im geringsten Einsehen dafür empfand, dass das Auswahlverfahren für die Ergänzung des Verwaltungsvorstands alles andere als transparent und demokratisch war. Der Bürgermeister offenbart wiederholt ein chinesisches Verständnis von Demokratie.

Wir Grüne wollten nicht auf die wichtige Stelle eines Fa-

miliendezernenten verzichten, sondern plädierten dafür, dies nicht durch einen politischen Wahlbeamten zu besetzen. Damit wollten wir genau das jetzt durchgespielte politische Gezerre um die Führung des Dezernates vermeiden und für personelle Kontinuität Sorge tragen.

Rainer Weichelt, den wir schätzen und dessen persönliches Engagement wir stets gewürdigt haben, wünschen wir für seine Arbeit alles Gute und sichern ihm selbstverständlich unsere Unterstützung zu.



Hatte schon alles unterschriftsreif vorbereitet: Uli Roland (SPD) [Fotomontage]

Kein Platz für Neo-Nazis!

Auf Initiative des „Gladbecker Bündnisses für Courage“ hat sich der Rat der Stadt Gladbeck einstimmig gegen eine von Neonazis geplante Kundgebung in Gladbeck gewendet. Alle Gladbeckerinnen und Gladbecker werden aufgefordert, sich an den Aktionen des Bündnisses gegen die Kundgebung zu beteiligen.

Mit großer Bestürzung stellt der Rat der Stadt Gladbeck fest, dass in unserer Stadt am 5. Juli eine Kundgebung aus der rechtsradikalen, neonazistischen Szene stattfinden soll. Der Rat erkennt mit großer Sorge, dass Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus keine gesellschaftlichen Randprobleme sind, sondern ihre Wurzeln mitten in unserer Gesellschaft haben.

Die Geschichte - gerade auch in Gladbeck - lehrt uns, dass Toleranz und Solidarität Grundwerte sind, die Menschen aus unterschied-

lichsten Herkunftsländern mit einander verbinden und eine gemeinsame Zukunft gestalten lassen. Wir werden deshalb weder gewaltsame Übergriffe noch neonazistische und rechtsextreme Propaganda in unserer Stadt dulden.

Daher fordert der Rat alle Verantwortlichen auf, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten gegen die neonazistische Kundgebung auf dem Willy-Brandt-Platz vor-

zugehen.

Daher fordert der Rat der Stadt Gladbeck die Bürgerschaft auf, aktiv in ihrem Umfeld, am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Freizeit und in der Nachbarschaft gegen nazistische und ausgrenzende Äußerungen Stellung zu beziehen, den betroffenen Menschen beizustehen und deutlich zu machen, dass wir nicht wegsehen und Diskriminierung und Gewalt nicht tolerieren.

Daher fordert der Rat der Stadt Gladbeck alle Einwohnerinnen und Einwohner auf, sich an den Aktionen des aus gewerkschaftlichen, politischen, kirchlichen und vielen anderen Verbänden und Gruppierungen seit längerem bestehenden „Gladbecker Bündnis für Courage“ gegen die neonazistische Kundgebung zu beteiligen.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Gladbeck war, ist und bleibt eine Stadt, in der Freiheit, Gleichheit und Toleranz gelebte Werte eines friedlichen Miteinanders sind.

5. Juni,
10:45 Uhr
Lamberti-Kirche!

Mög-



**NAZIS ERKENNT MAN
NICHT IMMER
AUF DEN ERSTEN BLICK.
HANDELN GEGEN RECHTS STATT WEGSEHEN.**

JETZT. FÜR MORGEN.



Plakataktion an der Grünen-Parteizentrale in Berlin (links) und in Niedersachsen (rechts).

Grüne beim Stadtteilstfest Brauck

„Ein wunderschönes Fest“, waren sich die Grünen einig, die sich am 31. Mai erstmalig am Stadtteilstfest „Handfest“ in Brauck beteiligten. Am Stand der Grünen gab es nicht nur allerhand Infos, sondern auch selbstgebackene Leckereien. Kleine und große Fußballer konnten auf eine Torwand schießen und wurden mit kleinen Preisen für ihre Treffsicherheit belohnt. „Beim nächsten Mal sind wir auf jeden Fall wieder dabei“, so Grünersprecher Bernd Lehmann.



Die glitzernden Seifenblasen passten zur sonnigen Atmosphäre im Südpark. Die Seifenlauge fand genauso großen Absatz am Grünen-Stand wie leckeres Brausepulver.



„Der Aufwand und die Vorbereitung haben sich auf jeden Fall gelohnt“, freute sich auch Jennifer Götte über die positive Resonanz!



Jungs und Mädels freuten sich über die Möglichkeit, ihre Treffgenauigkeit an der Torwand der Grünen unter Beweis zu stellen.



Vier der insgesamt sieben grünen TeilnehmerInnen am Stand: Simone Steffens, Erika Hoth, Bernd Lehmann und Luca Götte

Neue Radfahrstreifen!



Neue Radfahrstreifen wie hier an der Feldhauser Straße fordern die Grünen-

Auf Antrag der Grünen beauftragte der Stadtplanungsausschuss einstimmig die Verwaltung, „Planungen für Straßen, die sich für Markierungsmaßnahmen (Schutz- / Radfahrstreifen) eignen und wo diese zu deutlichen Verbesserungen der Radfahrsituation beitragen können, vorzubereiten und dem Ausschuss vor den Haushaltsberatungen 2009 vorzustellen. Die Frentroper Straße und die Kirchheller Allee sollen in diese Prü-

fung einbezogen werden.“

Bernd Lehmann, grünes Mitglied im Ausschuss freut sich über den Beschluss: „Radfahrstreifen und Radspuren sind preiswert, sicher und für Radler äußerst komfortabel!“

Bei der Ausarbeitung von Vorschlägen soll die Verwaltung auch den Fachverband der neu gegründeten Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs nutzen.

T30 für Uechtmannstraße!

Nach wiederholten Unfällen auf der Uechtmannstraße in Höhe des Neubaugebietes brachten die GRÜNEN die Forderung nach einer Tempo-30-Beschilderung zum zweiten Mal in den Bauausschuss ein.

In der Debatte wies CDU-Ratsherr Zeller darauf hin, dass man den Bereich ohnehin nicht schneller als 30 befahren könne, ansonsten „fliegt man aus der Kurve“. Er forderte Leitplanken und stärkere Betonpoller.

SPD-Ratsherr vorm Walde schlug vor, die Autofahrer mit Pflasterstreifen bzw. Fahrbahnebenen auf die Verkehrssituation hinzuweisen und für geringere

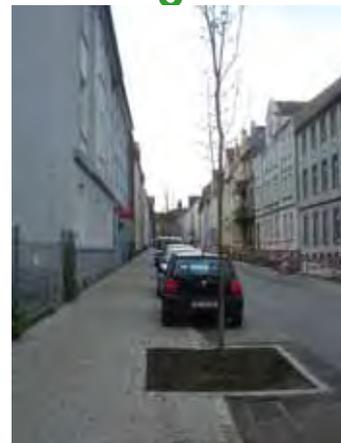
Geschwindigkeiten zu sensibilisieren. Eine 30-Beschilderung lehnten SPD und CDU aber ab.

Für Grünessprecher Lehmann unverständlich: „Wenn ich den Autofahrer auf die Gefahrenstelle hinweisen will, dann doch am besten und zu allererst mit einem Geschwindigkeitsschild. Anscheinend ist die Straße für höhere Geschwindigkeiten gar nicht ausgelegt!“

Einig war sich der Ausschuss, dass die Verwaltung Maßnahmen erarbeiten muss, um die Sicherheit auf der Uechtmannstraße zu erhöhen. „Insofern war unser Antrag erfolgreich!“

Heinrichstraße begrünt

Mit neuen Gehwegen und durchgängigen Baumpflanzungen präsentiert sich jetzt die Heinrichstraße. Ursprünglich waren im Nordabschnitt keine Bäume vorgesehen. Erst auf Intervention der Grünen wurde die Ausbauplanung überarbeitet und durch Baumbeete ergänzt. Mit dem Resultat sind die Grünen zufrieden und sprechen ein Lob an die Bauverwaltung aus.



Stellungnahme zu Umweltzonen

Fristgemäß reichten die Grünen eine Stellungnahme zum Luftreinhalteplan Ruhrgebiet, der auch das Gladbecker Stadtgebiet betrachtet, ein und beantragten eine Beratung im Umweltausschuss. Die grüne Stellungnahme hier in Auszügen:

Die Abkehr von der ursprünglich anvisierten regionalen Umweltzone halten wir für einen Fehler. [...] Die Machbarkeitsstudie „Regionaler Luftreinhalteplan“, den das difu im Auftrag des RVR und mit Unterstützung des MUNLV und des MBV im Januar 2007 vorgelegt hat, kam bereits zu dem Ergebnis, dass „im Vergleich zu vielen kleinräumigen Umweltzonen – wie sie bisher im Rahmen der Aufstellung von Luftreinhalte- und Aktionsplänen diskutiert werden – [...] eine regionale Umweltzone nach intensiver Prüfung als das geeignetere und effektivere Modell für die Städte des Ruhrgebiets angesehen“ wird [...] Wir fordern daher die Ausweisung einer großräumigen Umweltzone entsprechend den Empfehlungen der o.g. Machbarkeits-

studie, die auch das Gebiet der Stadt Gladbeck umfasst.

[...] Wir fordern die Formulierung von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen auch für die Bundesstraße 224. Dies kann die Ausweisung einer Umweltzone, die die B224 einbezieht, beinhalten [...]. Vorstellbar ist aber auch die weitere Optimierung der Ampelschaltungen,

Die Umweltzone

Ruhrgebiet ist nur noch ein Flickenteppich!

beispielsweise die Einrichtung einer Pfortnerampel außerhalb des Siedlungsgebietes, damit sich insbesondere die Lkw-Verkehre nicht unmittelbar im Bereich der Wohnnutzungen stauen. Zu prüfen sind aber auch dynamische Fahrspurzuweisungen, Zuflussregulierungen oder z.B. ein großräumiges Lkw-Lenkungskonzept bereits ab der BAB 43. Auf derartige Maßnahmen geht der Plan nicht ein. [...]

→ [Stellungnahme \(pdf\)](#)



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de



Greenplease-Archiv

In unserem übersichtlichen Newsletter-Archiv können Sie durch alle Ausgaben seit August 2003 stöbern. Die pdf-Dokumente sind auf unseren Internetseiten abrufbar:
→ [zum Archiv](#)

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Datenschutz statt Datenmeer



Trotz der Panne in einigen Einwohnermeldeämtern, bei der persönliche Daten von rund 500.000 Bürgerinnen und Bürger im Internet offen zugänglich waren, plant Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ein bundesweites Melderegister. Wann kommt der nächste GAU beim Datenschutz?

→ [grüne Bürgerrechtsoffensive](#)

Am 5. Juni Naziaufmarsch verhindern! Hier gibt's Infos über Rechtsextremismus:

„Abrocken, Nazis stoppen!“,



heißt das Musikprojekt, der Grünen Jugend Niedersachsen. 13 Antirassismussongs gibt's als mp3-Download.

→ [Songs gegen Rechts](#)

Viele Informationen, Berichte und Hinweise zu Rechtsextremismus gibt es im Infoportal der NRW-Grünen:

→ [Infoportal](#)